Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2782**

16. Wahlperiode 27. 09. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm), Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ludwig Stiegler, Dr. Rainer Wend, Dr. Angelica Schwall-Düren, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 16/2629 –

Das Nationale Reformprogramm Deutschland und die Lissabon-Strategie weiterführen – Wirtschaftswachstum und Beschäftigungspolitik zum Erfolg führen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Matthias Berninger, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2622 –

Mehr Ehrgeiz bei der Erreichung der Lissabon-Ziele

A. Problem

Zu Nummer 1

Fortsetzung der innerstaatlichen Umsetzung der Lissabon-Strategie, u. a. durch eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovation, Produktion und Dienstleistungen; Fortführung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte; engere Einbeziehung der kleinen und mittleren Unternehmen in den Lissabon-Prozess; demographiefeste Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und Fortsetzung des Bürokratieabbaus.

Zu Nummer 2

Kohärente Strategie zur Beseitigung bestehender Defizite Deutschlands im Rahmen des Lissabon-Prozesses.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

a) den Antrag auf Drucksache 16/2629 unverändert anzunehmen

b) den Antrag auf Drucksache 16/2622 abzulehnen.

Berlin, den 27. September 2006

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn	**Martin Zeil**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Martin Zeil

I. Überweisung

Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf **Drucksache 16/2629** wurde in der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/2622** wurde in der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

1. Antrag auf Drucksache 16/2629

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD fordern die Bundesregierung mit ihrem Antrag auf, mit der Umsetzung der so genannten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung fortzufahren und die Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovation, Produktion und Dienstleistungen weiter zu verbessern. Die geplante Unternehmensteuerreform müsse die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken. Zugleich müsse durch eine Einschränkung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten die Steuerbasis in Deutschland nachhaltig gesichert werden. Die Bundesregierung soll ferner die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortsetzen und die kleinen und mittleren Unternehmen enger in die Lissabon-Strategie einbeziehen, damit sie neue Wachstumsmärkte im In- und Ausland erschließen und Innovationen schnell in neue Produkte und Verfahren umsetzen können. Verlangt wird darüber hinaus eine Überprüfung des Niedriglohnsektors. Dabei müsse sichergestellt werden, dass die wirklich Bedürftigen unterstützt werden. Die bisher festgestellte Steigerung der Frauenerwerbsquote auf 59,6 Prozent müsse unter dem Blickwinkel des Niedriglohns bewertet werden. Der erwerbstätige Anteil von Frauen gebe allein keinen hinreichenden Aufschluss über ihre tatsächliche Beteiligung am Erwerbsleben. Verbessert werden müsse auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die „Allianz für Familie“, die zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden geschlossen worden sei.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/2629 verwiesen.

2. Antrag auf Drucksache 16/2622

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag mehr Ehrgeiz bei der Erreichung der Lissabon-Ziele. Angesichts des geringen Erfolgs des deutschen Bildungssystems sei es dringend notwendig, bis zum Jahr 2010 die Zahl der Schulabbrecher auf weniger als 10 Prozent und die Zahl der schlecht lesenden 15-Jährigen auf 15,5 Prozent eines Jahrgangs zu verringern. Sowohl national als auch in der EU müssten drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aufgebracht werden. Zusammen mit den Ländern soll die Regierung einen Hochschulpakt vorlegen, um die Quote der Studienanfänger und Hochschulabsolventen zu erhöhen. Um eine Ausbildungsplatzkatastrophe abzuwenden, verlangt die Antrag stellende Fraktion ferner ein Sonderqualifikationsprogramm für mindestens 50 000 Jugendliche. Die berufliche Weiterbildung müsse in einer Gesamtstrategie gefördert und die Teilnahme der 19- bis 64-Jährigen an beruflicher Weiterbildung deutlich erhöht werden. Während in Schweden, Finnland und Dänemark Teilnahmequoten von bis zu 80 Prozent erreicht würden, habe sie in Deutschland im Jahr 2003 lediglich bei rund 41 Prozent gelegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/2622 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlagen in ihren Sitzungen am 27. September 2006 abschließend beraten.

Zu Nummer 1 – Antrag auf Drucksache 16/2629

Der **Finanzausschuss** (28. Sitzung), der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (25. Sitzung), der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** (24. Sitzung), der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (19. Sitzung), der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (21. Sitzung), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (19. Sitzung), der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (16. Sitzung), der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (18. Sitzung) sowie der **Haushaltsausschuss** (25. Sitzung) empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Auswärtige Ausschuss** (24. Sitzung) empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Zu Nummer 2 – Antrag auf Drucksache 16/2622

Der **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** sowie der **Haushaltsausschuss** empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksache 16/2629 und Drucksache 16/2622 in seiner 16. Sitzung am 27. September 2006 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/2622 zu empfehlen.

Berlin, den 27. September 2006

Martin Zeil
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333